

# Die Strompreise steigen kräftig weiter

NAEB 1922 am 27. Oktober 2019

Die Umlage nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) steigt ab 2020 um fünf Prozent; die Reduktion von 2019 wurde damit wieder aufgehoben. Gleichzeitig werden noch die Netzgebühren erhöht. Die Kostenspirale wird sich durch die von der Bundesregierung zusätzlich ausgelösten Kosteneffekte schneller drehen. Der Abstand des deutschen Strompreises zum Rest der Welt nimmt zu. Deutschland wird zum Weltmeister der Strompreise aufsteigen.

Die Bundesregierung und die Altparteien im Bundestag wollen zur „Klimarettung“

- die Kernkraftwerke abschalten
- die Kohlekraftwerke schließen
- die Emissionen von Kohlenstoffdioxid (CO<sub>2</sub>) mit 10 – 25 Euro pro Tonne belasten
- die Wind- und Solarstromerzeugung verdreifachen
- Treibstoff und Heizgas mit Ökostrom erzeugen
- vermehrt Wärmepumpen zum Heizen einsetzen
- mehr Autos mit Elektroantrieb auf die Straße bringen

Nur die AfD widersetzt sich nach Kräften diesen Bestrebungen.

Um welche Beträge werden die Strompreise dadurch steigen? Die Bundeskanzlerin äußerte, Klimaschutz sei nicht zum Nulltarif zu haben. Doch Kostenprognosen sucht man vergeblich. Wird man in Deutschland die Zahl der Windgeneratoren von derzeit etwa 30.000 auf 100.000 erhöhen können?



Elektrischer Widerstand: Stromleitungen sind teuer und verlustbehaftet [1]

Schon heute wächst der Widerstand gegen die Verspargelung der Landschaft, das Schreddern von Vögeln, die Enteignung von Immobilien in der Nachbarschaft von riesigen Windgeneratoren und krankmachenden Infraschall.

- Woher soll Strom kommen, wenn grundlastfähige Kraftwerke mit Kernkraft, Steinkohle und Braunkohle abgeschaltet sind, aber kein Wind weht und keine Sonne scheint?
- Wie entsteht mit zahlreichen kleinen Wind- und Solaranlagen, deren Leistung je nach Wetterlage schwankt, ein stabiles Wechselstromnetz?
- Um welchen Betrag muss die Stromerzeugung erhöht werden, um mit Wärmepumpen zu heizen und Elektroautos zu laden?

Kein Politiker der Altparteien stellt diese Fragen und nur Mandatsträger der AfD gehen auf diese Fragen ein. Die Experten vom Stromverbraucherschutz NAEB, einem Verein von über einhundert Fachleuten der Energieversorgung, haben zu diesen Fragen einige Antworten:

## Strom aus Kohle- und Kernkraftwerken fünfmal günstiger als Ökostrom

Kohle- und Kernkraftwerke sind die günstigsten Stromerzeuger mit 3 bis 5 Cent pro Kilowattstunde (Ct/kWh). Ihre Leistung kann gesteuert werden, um verbrauchsgerecht Strom zu erzeugen. Ein Ersatz durch Ökostromanlagen mit mittleren Vergütungskosten von 15 Ct/kWh lässt die Stromkosten um mindestens 5 Ct/kWh weiter steigen unter der Annahme, dass derzeit die Hälfte des Stroms aus den Kern- und Kohlekraftwerken kommt.

Als Ersatz sind Ökostrom-Anlagen geplant. Die Erzeugung von Biogasstrom hat in Deutschland ihre Grenze erreicht. Nur Wind- und Solaranlagen könnten noch dazu gebaut werden. Die Leistung von Wind- und Solaranlagen schwankt zwischen Null bei nächtlicher Flaute, genannt Dunkelflaute, und 60 Prozent der installierten Leistung bei Starkwind und Sonnenschein. Die mittlere Jahresleistung liegt bei 15 Prozent der installierten Leistung.

Es müssen immer Gaskraftwerke betriebsbereit sein, die für fehlende Leistungen der Ökostromanlagen einspringen. Diese Gaskraftwerke müssen jedoch erst noch gebaut werden. Ihre Kapital- und Betriebskosten treiben den Strompreis weitere 3 bis 5 Ct/kWh in die Höhe.

Befürworter der Regierungspolitik mögen einwenden, die Vergütungskosten sänken laufend, weil alte Anlagen mit hohen Vergütungen nach 20 Jahren aus der Förderung fallen und neue Anlagen effizienter seien. Das ist richtig. Es hat sich aber herausgestellt, dass Windstrom in den küstennahen Bereichen eine Vergütung von mindestens 8 Ct/kWh braucht, im windschwachen Landesinneren mehr, sonst drohen Verluste.

Die aktuellen Beschwerden der Windlobbyisten und Politiker, für neue Windgeneratoren gäbe es zu wenig Flächen, ist falsch. Den Zuschlag für neue Anlagen erhalten die Antragsteller, die mit den niedrigsten Vergütungskosten auskommen wollen. Zuschläge werden durch die Bundesnetzagentur bei 6,25 Ct./kWh gedeckelt. Bei dieser Vergütung finden sich aber keine Investoren mehr. Dies zeigt eindeutig, dass deutlich unter 8 Ct/kWh kein Windstrom erzeugt werden kann.

## Teurer Netzausbau ist erforderlich

Zusätzliche Wind- und Solaranlagen brauchen Leitungen, Umrichter und Transformatoren zur Einspeisung in das Stromnetz. Es werden Stromtrassen gebaut, um Windstrom von den Küstengebieten südwärts zu leiten. Dies ist unsinnig, wenn kein Wind weht und keine Sonne scheint. Stromleitungen sind teuer und aufgrund des elektrischen Widerstandes verlustbehaftet.

Auf den Weg zum Stromverbraucher in Bayern gehen rund 10 Prozent des Windstroms aus Norddeutschland verloren: ein Kostenanstieg von 10 Prozent. Die Übertragungsnetzbetreiber müssen auch die Netzfrequenz stabilhalten. Das ist nur mit Regel- und Reservekraftwerken möglich. Auch diese Regelungskosten, die im Milliardenbereich liegen, sind Netzkosten.

Es wird klar: Die Netzkosten steigen mit einem weiteren Ausbau der Ökostromanlagen kräftig an, während die Vergütungskosten nur mäßig zunehmen, weil die alten Anlagen mit hohen Vergütungen aus der Förderung fallen. Die Netzgebühren dürften um 5-10 Ct/kWh ansteigen, wenn die Pläne der Bundesregierung umgesetzt werden.

## Wärmepumpen und Elektroautos benötigen zusätzlichen Strom

Zu diesen Kosten kommt noch die Stromversorgung für die propagierten Wärmepumpen und Elektroautos. Wenn die Wärmepumpen mit Strom aus Kohle oder Kernkraft betrieben werden, sind Öl-, oder Gasheizungen preiswerter und energiesparender. Ein sicherer Betrieb mit Ökostrom scheidet an dem hohen Verbrauch in der kalten Jahreszeit und der geringen Abnahme im Sommer neben den hohen Kosten für Ökostrom. Für je 2 Millionen Elektroautos wird ein Großkraftwerk von 1.000 Megawatt Leistung zusätzlich benötigt. Hier gibt es keine Energieeinsparung. Verbrennungsmotoren sind im Energieverbrauch sparsamer und preiswerter.

Die Bepreisung der Kohlenstoffdioxid-Emissionen erhöht die Stromerzeugungskosten um ein Ct/kWh für eine Abgabe von 10 Euro/Tonne CO<sub>2</sub>. Auch durch diese Maßnahme ist ein weiterer Kostenschub gegeben.

Wenn die Pläne der Regierung alle umgesetzt werden, liegen die Stromkosten in Deutschland für die privaten Verbraucher bis 2030 über 50 Ct/kWh. Schlimmer noch ist allerdings die eintretende Kostensteigerung für den Industriestrom von unter 10 auf über 20 Ct./kWh, also etwa doppelt so hoch wie heute. Dann sind fast alle Industriebetriebe unwirtschaftlich. Mit deren Schließung oder Abwanderung ins Ausland wird Deutschland seine Klimaziele erreichen. Pläne, wie man mit dem dann deutlich verringerten Steueraufkommen, der wachsenden Zahl der Erwerbslosen und dem sinkenden Wohlstand leben will, gibt es nicht. Oder ist das so geplant?

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel  
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz  
[www.NAEB.info](http://www.NAEB.info) und [www.NAEB.tv](http://www.NAEB.tv)

[1] Bildquelle: StockKosh-Distribution59

Jörg Nobis (AfD): Die Energiewende hat Strom zum Luxusgut werden lassen  
[www.youtube.com/watch?v=0aXcJyqo0QY](https://www.youtube.com/watch?v=0aXcJyqo0QY)  
20. Dezember 2018 | AfD-Fraktion Schleswig-Holstein

Die Kosten der Energiewende lassen die Strompreise in Schleswig-Holstein immer weiter steigen. Die AfD-Fraktion fordert deshalb die Landesregierung dazu auf, den Irrweg der Energiewende zu verlassen. Jörg Nobis, Vorsitzender der AfD-Fraktion, führt in seiner heutigen Rede dazu aus:

„Alle Jahre wieder wird das Leben teurer: Ob Versicherungen oder Dienstleistungen oder eben der Strom – Preisanpassungen finden häufig zum Jahreswechsel statt.

Die Grundversorger in unserem Land haben angekündigt, zum neuen Jahr ihre Preise kräftig anzuziehen. Die Stadtwerke von Norderstedt um 10,3 Prozent, von Heide bis zu 13 Prozent, und in Pinneberg sogar 14,2 Prozent, um nur einige Beispiele zu nennen.

Seit der Kanzlerschaft von Angela Merkel sind die Strompreise um 60 Prozent gestiegen. Beim Fußball oder bei den Exporten sind wir nicht mehr Weltmeister, beim Strompreis hingegen verteidigt Deutschland wacker seinen weltweiten Spitzenplatz und ein Ende ist nicht in Sicht.

Die Energiewende ist aus Verbrauchersicht gescheitert. Jedermann wird bis zum Jahr 2018 rund 7.500 Euro gezahlt haben. Das ist ein Vielfaches von dem, was dereinst der damalige grüne Umweltminister Trittin versprach, dass die Förderung erneuerbarer Energien einen durchschnittlichen Haushalt im Monat so viel kosten würde "wie eine Kugel Eis". Davon sind wir heute weit entfernt. Energie ist längst zum Luxusgut geworden.

Dabei braucht jeder Strom, Strom gehört zur Grundversorgung. Die Preissteigerungen treffen dann auch die Schwächsten am härtesten, diejenigen, die sowieso schon jeden Euro zweimal umdrehen müssen, die nicht unter die Mittelstandsdefinition eines Friedrich Merz fallen.

Die Nebenkosten sind längst zum Armutsrisiko geworden, meine Damen und Herren!

Und da verwundert es – auf den ersten Blick – dass Parteien, die in ihrem Namen ein ‚christlich‘ tragen, liebe CDU, oder ein ‚sozial‘, liebe SPD, sich an diesen Umständen so wenig stören!

Auf den zweiten Blick wird klar, dass Ihnen die Menschen in diesem Land egal sind. Es interessiert Sie schlicht nicht, wenn Wohnen zum Luxus wird!

Und zwar, weil Ihnen etwas anderes wichtiger ist, weil Sie die Prioritäten falsch setzen: Sie stellen den Klimaschutz über alles. Sie wollen in Deutschland und ganz speziell in Schleswig-Holstein das Weltklima retten.

Dieser vermeintliche Klimaschutz ist Ihnen wichtiger als bezahlbare Energiepreise, und deshalb treiben Sie Ihre unsoziale Energiewende voran. Dabei werfen Sie auch noch das letzte Quäntchen Vernunft über Bord: Garantierte Einspeisevergütungen, Vergütung für nicht genutzten Strom und Überproduktion hier im Norden weit weg von den großen Stromverbrauchern in Süddeutschland.

Rund 55 Prozent des Strompreises machen heute Steuern, Abgaben und Umlagen aus. Halten Sie die Leute nicht für dumm: Die Menschen im Land verstehen, dass die Energiewende außer Kontrolle geraten ist. Der Bundesrechnungshof hält dazu fest: "Der Aufwand für den ökologischen Umbau der Energieversorgung steht in einem krassen Missverhältnis zu dem bisher dürftigen Ertrag". Dem ist wenig hinzuzufügen.

Ihre Energiewende schaltet marktwirtschaftliche Mechanismen aus, und sie ist das genaue Gegenteil von sozial. Sie führen einkommensschwächere Schichten an die Armutsgrenze. Es ist Ihnen dabei ganz offensichtlich völlig gleichgültig, wenn im vergangenen Jahr laut Bundesnetzagentur 14.000 mehr Haushalten der Strom abgeschaltet wurde, weil sie ihn sich schlicht nicht mehr leisten können. Insgesamt 344.000 Stromsperrern bundesweit, meine Damen und Herren, das ist die Bilanz Ihres energie- und sozialpolitischen Scheiterns.

Die Bürger dieses Landes sind Ihnen egal. Das alles zeugt von der wahren unsozialen Gesinnung ideologisch-verblendeter Klima-Dramatiker.

Erschwinglich wird Strom wieder, wenn zumindest sechs von acht Umlagen gestrichen werden. Insbesondere müssen die Festpreisgarantien für Einspeisevergütungen der EEG-Umlage möglichst schnell auf Null zurückgefahren werden.

Die Netzentgelte machen bis zu 27 Prozent des Strompreises aus und dieser Kostenfaktor bestraft vor allem Schleswig-Holsteins Stromkunden. Der Grund: Durch die Bewirtschaftung norddeutscher EEG-Standorte wird das Stromnetz hier besonders ausgebaut. Die einseitige Kostenbelastung für unsere Bürger muss schleunigst beendet werden.

Das Geflecht von Umlagen geht einher mit 26 Gesetzen und 33 Verordnungen, die den Strompreis reglementieren. Alle diese Regularien gehören auf den Prüfstand. Stimmen Sie daher unserem Antrag zu, damit der Strom in unserem Land wieder für alle bezahlbar wird!"

Weitere Informationen:

Antrag der AfD-Fraktion „Strompreise in Schleswig-Holstein senken“ (Drucksache 19/1108) vom 30. November 2018:

[Strompreise in Schleswig-Holstein senken, Irrweg "Klimaschutz" aufgeben](#)

[Jörg Nobis: „Die Energiewende hat Strom zum Luxusgut werden lassen – Jamaika muss diesen Irrweg verlassen“](#)

## Vereinsinformation

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG-Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Strom-Netz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch, und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen für Investitionen in Windkraftwerke und Voltaik statt. NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

## Vereinskontakt

Hans-Günter Appel  
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.  
Forststr. 15  
14163 Berlin  
Fon 05241 70 2908  
Fax 05241 70 2909  
Hans-Guenter.Appel at NAEB.info  
www.NAEB.info

## Pressekontakt

Hans Kolpak  
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.  
Forststr. 15  
14163 Berlin  
Fon 05241 70 2908  
Hans.Kolpak at NAEB.info  
www.NAEB.tv

